

für dasjenige Handeln, das an den Staat adressiert ist – *Proto-Politics* kann zustimmungsbasiert sein, in dem Fall würde man von *protopolitischem Handeln erster Ordnung* sprechen (Handeln über Parteimitgliedschaften oder sonstige politisch-institutionelle Unterstützungsleistungen). Die Politik kann aber genauso in Frage gestellt oder abgelehnt werden. In diesem Fall würde es sich um *protopolitisches Handeln zweiter Ordnung* handeln. Bei *Proto-Politics* geht es immer darum, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen“, um „seinen „bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. Dritten durchzusetzen“ (Hitzler 2001: 46). Davon wurde, wie im letzten Kapitel aufgezeigt, das *subpolitische Handeln* nach Beck unterschieden (Beck 1986, 1993), das sich auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche beziehen kann: Subpolitik kann *protopolitisch* sein, wenn die Handlung die Infragestellung oder Ablehnung der Politik nach sich zieht, sie ist aber nie reine *Proto-Politics*. Wie angeführt, hat Beck weder dargelegt, ob subpolitisches Handeln auf die Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen abzielen kann oder muss, noch hat er den Arbeitsbegriff ausreichend systematisiert. In diese Lücke stößt der Begriff *Politics of Self-Production: Politics of Self-Production* kann *protopolitisch* sein, das Handeln bleibt aber immer auf den Arbeitskontext bezogen. Damit lässt sich der Begriff wiederum auf Giddens *Life-Politics* beziehen, die an die *Subpolitik* Becks anschließt, die aber mehr für die Zunahme von gesellschaftlichen Verantwortungsimperativen steht: *Life-Politics* bedeutet, dass das gesamte Leben zur politischen Selbstaufgabe wird (vgl. Giddens 1991: 214; 1997: 132). Die *Life-Politics* zielt auf Lebensstilentscheidungen im Sinne einer eigenen Identitätspolitik ab, der Begriff *Politics of Self-Production* bewegt sich dagegen in einem Dazwischen: Er repräsentiert die gestiegenen politischen Selbstansprüche der Arbeitssubjekte. Er steht für erhöhte Anspruchshaltungen der Gesellschaft an ökologische und fair-soziale Produktionsstandards – und stellt heraus, dass beides in einem konstitutiven Wechselverhältnis steht.

8.2 Erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs? Dazu werden im Folgenden erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial angestellt. Vorwegnehmen lässt sich, dass die Akteure eine ganz spezifische Form der Vermittlung ihrer Interessen praktizieren. Der Anspruch, über Arbeit gesellschaftlichen Einfluss zu haben, verkörpert sich im Bestreben nach *Autonomie*, im Prinzip *Einzigartigkeit* sowie über das Voranstellen *pragmatischer Lösungen*. Das, was man als Ideal in Arbeitsprozessen verkörpert, gerät dazu in deutlichen Widerspruch zur institutionellen Politik, was der folgende Abschnitt zeigen wird.

8.2.1 Habituelle Übertragungen des Arbeitsethos auf die Politik: Anspruch an Autonomie, das Prinzip Einzigartigkeit und Selbsterstellen als Pragmatismus

Ergebnis dieser Studie ist, dass sich Handlungsziele im Arbeitskontext auf gesellschaftspolitische Vorstellungen übertragen und umgekehrt, dass ein Teil der Akteure gesellschaftspolitische Ziele in Arbeitsprozessen verfolgt. Daraus folgt jedoch nicht, dass sich

die Befragten über die Arbeit hinaus sonderlich politisch engagieren: Von Parteien und kollektiven Willensbildungsprozessen nimmt ein Großteil Abstand (oder fühlt sich von deren Angeboten nicht angesprochen). Die Gründe dafür sind vielschichtig, sie lassen sich jedoch auf drei wesentliche reduzieren – und werden im Folgenden *habituelle Übertragungen des Arbeitsethos auf die Politik* genannt: Habituelle Übertragung meint, dass das, was den Akteuren im Leben wichtig ist, sich von der Arbeitsebene auf andere gesellschaftliche Ebenen überträgt – so auch auf Vorstellungen von Politik und Gesellschaft. So wird bei den Akteuren erstens ein Anspruch an *Autonomie* deutlich, der es erschwert, sich in feste politische Organisationsstrukturen eingliedern zu wollen – wichtig ist den Akteuren ihre Unabhängigkeit. Zweitens wird der Wunsch nach etwas Besonderem und Einzigartigem, der sich im Produkt materialisiert (die Produkte sind meist Unikate), von der Arbeitsebene auf die Politik übertragen. Deutlich wird das daran, dass sich die Akteure mit den programmatischen Angeboten von Parteien oder Organisationen nur schwerlich zufriedengeben. Folge ist, dass man sich von Parteien distanziert, wobei die Distanzierung in der Mehrheit keine Pauschalverurteilung als „Pauschalkritik“ ist. Sie lässt sich mehr als differenzierte „Parteikritik“ verstehen (Niedermayer 2013: 56). Auch zeugt das Handeln von keiner Politikverdrossenheit. Ganz im Gegenteil ist ein Großteil der Akteure politisch interessiert. Betont wird aber, dass man sich Organisationsstrukturen nur anschließen wolle, wenn die eigenen Vorstellungen befriedigt werden. Da Parteien, Institutionen und Organisationen ein Querschnitt von Interessensfeldern sind und Kompromisse abverlangen (vgl. Pickel 2018: 181), tun sich viele schwer damit, sich kollektiven Strukturen anzuschließen. Drittens handelt die Politik nach Ansicht der meisten Befragten nicht konsequent genug. Argumentiert wird, dass in der Politik zu viel geredet und zu wenig gemacht wird. Darum fordert eine Mehrheit, dass die Politik lösungsorientierter handeln solle – so wie man das selbst tut.

Im Folgenden werden die drei Kategorien *Autonomie*, *Einzigartigkeit* und *pragmatische Lösungsorientierung* als theoretische Zugänge näher entfaltet und auf den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs bezogen – woraus sich das Konzept „Verantwortung als arbeitsinhaltliches Prinzip“ herausbilden lässt. Zum Schluss wird daraus eine zentrale These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft formuliert, die das Handeln der Subjekte als Form der *Politics of Self-Production* beschreibt.

Anspruch an Autonomie

Den Akteuren dieser Studie ist ihre Unabhängigkeit wichtig. Darum wurde im Forschungsprozess die Kategorie *Autonomie* gebildet, wobei sie sich auf keine Deutung des Autonomiebegriffs in griechischer Tradition als „Bezeichnung für die *Selbstgesetzgebung*“ bezieht (Carnau 2011: 98, H. i. O.)⁴, auch ist damit keine revolutionäre *Praxis* nach

4 Autonomie leitet sich aus dem Griechischen von *autos* für ‚selbst‘ und *nomos* für Gesetz ab. Der Begriff wird im antiken Griechenland vorrangig „im Sinne von politischer Freiheit gegen innere sowie äußere Herrschaft verwendet“ (Carnau 2011: 98). Im Zuge der Aufklärung wandelt er sich zum Ausdruck der „*Selbstbestimmung des Willens*“ im Kantischen Sinne (ebd.: H. i. O.). Seitdem bildet der Begriff den Gegensatz zur Heteronomie (Fremdbestimmung) ab (vgl. Kant 2000 [1788]). Er kann damit auch im politischen Sinne verwendet werden, steht aber allgemein für die Selbstbestimmung des Subjekts.

Castoriadis gemeint (vgl. Kapitel 4.1.4). Sie ist aber auch nicht das Gegenteil: eine rein „simulative Autonomie“ (Blühdorn 2013: 53) als Abbild schleichender Entpolitisierung. Autonomie meint, dass Dinge selbst gesteuert und entschieden werden (sollen), wobei der Autonomieanspruch keiner „Künstlerkritik“ nach Boltanski und Chiapello (2003) gleicht, die sich auf den Anspruch an die Selbstbestimmung reduziert. Vielmehr werden basierend auf einem Autonomieanspruch Kritikformen formuliert, die eine Distanz zu Parteien und der institutionellen Politik erkennen lassen. Mit Danny Michelsen und Franz Walter gesprochen ließe sich sagen, dass sich zwei der gegenwärtigen Trends des politischen Engagements – die Individualisierung der Subjekte und die Distanzierung der Bürger*innen von der „offiziellen Politik“ (Michelsen/Walter 2013: 10) – in dieser Studie wechselseitig bedingen: Arbeitsinhaltliche Ziele verbinden sich mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Autonome Handlungsspielräume bringen gesellschaftliche Fragen hervor – darüber fließen wiederum teleologische und deontologische Perspektiven der Ethik zusammen: Im Sinne der Teleologie wird nach den Folgen von Handlungen gefragt und eine gesellschaftspolitische Vision des Arbeitshandelns entworfen. In Bezug auf die Deontologie wird die Selbstverpflichtung im Kantischen Sinne herausgestellt⁵ – und darüber ein Autonomieanspruch erhoben, der, in politischer Hinsicht, die Selbstverpflichtungen des Gegenübers voraussetzt. Anders formuliert: Auf den Modus der Beeinflussung folgt kein Anspruch auf Befolgung. Organisierte Willensbildungsprozesse mit Verpflichtungscharakter werden gänzlich zurückgewiesen. Darum wird auch von parteibezogenen oder sonstigen institutionellen politischen Aktivitäten (Mitgliedschaften in Gewerkschaften oder sonstigen Institutionen) abgerückt.

In den Aussagen der Befragten drückt sich das in der Form aus, dass ein Teil der Akteure auf der einen Seite ein diffuses Bild von Politik respektive dem Politischen entwirft. Auf der anderen Seite wird ein Wertesystem abgelehnt, das mit der Politik assoziiert ist – und das dem eigenen Autonomieanspruch und Lebenskonzept widerspricht. Im Datenmaterial wird das in vielen Aussagen deutlich, wenn etwa der Modemacher Stefan Welsch* anführt, dass er seine Arbeit als „Politikum“ versteht und Einfluss über Arbeit in der Gesellschaft haben möchte, im nächsten Schritt aber klarstellt, dass er keine „Macht ausüben“ will. „Die Politik“ setzt er mit Formen der „Macht“ gleich, was seinem Autonomieanspruch widerspricht. Auch würde ihn Parteienpolitik nicht sonderlich interessieren. Ohnehin wüsste er nicht so recht, wo er anfangen solle, um sich politisch oder parteipolitisch zu engagieren. Auch in anderen Interviews werden vergleichbare Aussagen getroffen. So grenzt sich Jörn Richter*, der sich Social Entrepreneur nennt, beispielsweise vom Politikfeld ab, weil Politik für ihn etwas mit „Vereinsklängelei“ zu tun habe – was seinem Freiheitsanspruch entgegensteht. Oder die Modemacherin und Politikaktivistin Manuela Schwerlich* gibt zu verstehen, dass Politik für sie „ein starres Konstrukt der Vergangenheit“ sei. Parteienpolitik habe mit der Lebensrealität der Menschen und der Generation, zu der sie gehöre, „nicht mehr viel zu tun“. Und solange Politik so sei, wolle sie „nichts mit ihr zu tun haben“.

An solchen Aussagen wird letztlich deutlich, dass der Anspruch an Selbstbestimmung und ein mangelndes politisches Kompetenzgefühl in Verbindung zur Distanzierung gegenüber der Parteienpolitik stehen. Zugleich rührt die Abgrenzung von der

5 Siehe zur deontologischen und teleologischen Ethik das Kapitel 6.1.7.

Politik daher, dass der Anspruch an Individualisierung von den Parteien kaum befriedet wird. Der nächste Abschnitt wird diesen Sachverhalt vertiefen.

Das Prinzip Einzigartigkeit

Die Akteure dieser Studie gestalten Produkte nach ganz eigenen Vorstellungen. In den Produkten verkörpern sich Wünsche, Bedürfnisse, Wertpräferenzen und bei einem Teil gesellschafts(politische) Ziele – oft sind die Produkte auch Prototypen und Unikate. Entsprechend individuell sind die Produktionsverfahren, die spezielle Lösungen abverlangen, weil sie in der Regel auf ein bestimmtes Problem abzielen.

Diese Form des Spezifischen, Speziellen und oft Einzigartigen überträgt sich zugleich auf gesellschaftliche Leitbilder, die in Arbeitsprozessen reproduziert werden. Bezugnehmend auf den Symbolischen Interaktionismus, wonach Subjekte gegenüber Produkten auf Grundlage der Bedeutung, die diese Produkte für sie haben, handeln und Bedeutung in einem interpretativen Prozess hervorgebracht wird (vgl. Blumer 2013: 65ff.), übertragen sich bei den Akteuren dieser Studie Vorstellungen vom Speziellen und Besonderen auf politische Leitbilder. Das mag zunächst an die „Politik des Besonderen“ bei Reckwitz erinnern (Reckwitz 2018: 371ff.), der den Anspruch an das Spezielle und Einzigartige zur gesellschaftlichen Tendenz der Spätmoderne erklärt. Das Handeln der Akteure unterscheidet sich davon jedoch: Nach Reckwitz tendiert die Gesellschaft westlicher Prägung zum Besonderen, weil Individualisierungsprozesse Anspruchshaltungen an das Besondere evozieren. Kennzeichnend dafür seien Singularisierungsprozesse der Spätmoderne, die das „Allgemeine“ seit den 1970er Jahren abgelöst hätten – und sich im heutigen Anspruch an das Besondere als Ausdruck eines permanenten Kampfes um Aufmerksamkeit multiplizieren. Sämtliche Gesellschaftsbereiche sind nach Reckwitz von dieser Logik durchsetzt – auch der Bereich des Politischen (vgl. Reckwitz 2018: 371ff., 2019).

Diese Perspektive bedarf in dieser Studie allerdings einer Korrektur: Zwar wird das „Besondere“ auf Produktebene in Form ökologisch innovativer Verfahren hervorgebracht, die spezielle Lösungskompetenzen verlangen. Der Grund aber, warum sich viele der Befragten von der Politik abwenden (oder sich von ihr nicht angesprochen fühlen), ist nicht, dass die Politik in ihren Augen das Besondere repräsentiert oder hervorbringt. Kritisiert wird vielmehr, dass das Besondere der Politik abhandengekommen sei. Die Befragten erleben Politik als gleichförmig und wenig innovativ. Es fehle an Profilschärfe und einer klaren Gesellschaftsvision im Sinne der Zukunftsfrage. Man könnte darum gegenteilig von einer „Wiederkehr der Konformität“ (Koppetsch 2015) im Parteienkontext sprechen (Stichwort: neue Politik der Mitte). Chantal Mouffe, auf die bereits unter 4.3.2c/e eingegangen wurde, sieht in dieser Entwicklung gar Tendenzen einer „Entpolitisierung“, weil sich die Politik, in Anlehnung an Anthony Giddens (1997), seit den 1990er „jenseits von ‚Links‘ und ‚Rechts‘“ bewege und das Konflikthafte darüber verloren gehe. Genau das wird von den Akteuren, wenn auch nicht in gleichem Wortlaut, beanstandet⁶, wobei ein nahezu nihilistisches Verhältnis zu den Parteien vorherrscht.

6 Das gilt nicht grundsätzlich. Schaut man sich die Entwicklung von AfD und weiteren Kleinparteien der letzten Jahre an, findet geradezu eine Pluralisierung und Verschiebung des Parteienspektrums hin zu einem asymmetrischen fluiden Parteiensystem statt (vgl. Kapitel 4.3.2c).

Mit Jan van Deth gesprochen ließe sich sagen: „Das Leben, nicht die Politik ist wichtig“ (van Deth 2000: 115). In der Folge entwickeln die Akteure eigene Strategien und gehen Wege, um ihre Interessen zu bekunden. Aussagen wie die von Maik Wehner* vom Label *MeatFree** beschreiben dieses Spannungsverhältnis.

„Ich hab' von meinem Gefühl noch nicht das gefunden, wo ich genau sagen kann, okay, das ist was, wo ich jetzt beitrete oder da aktiv werde, wo ich vielleicht größere Hebel bewegen kann als mit unserem Schuhlabel, hier können wir einfach was exemplarisch zeigen.“

Einerseits macht Wehner deutlich, dass es noch nicht „das“ gibt, wonach er sucht. Andererseits lässt sich in seiner Aussage ein Missverhältnis aus möglichem Engagement und politischen Ergebnissen erkennen. Wehner vermutet, dass er in der Politik nicht die „Hebel bewegen“ könne, die er mit seinem Schuhlabel in Gang setzen kann. Zugleich erwähnt er, wie andere der Studie auch, dass er sich vorstellen kann bei Greenpeace einzutreten. Als Grund dafür gibt er an, dass Greenpeace „vorbildlich“ sei, weil sie nicht nur redeten, sondern machten. An solchen Aussagen wird nicht nur der Anspruch an Autonomie und das Besondere in Arbeitsprozessen deutlich, der sich auf politische Prozesse überträgt. Es zeigt, dass politische Willensbildungsprozesse erschwert werden – und gerade keine „Politik des Besonderen“ hervorbringen. Vielmehr führen sie zur Abkehr von der Parteienpolitik, die in den Augen der Befragten als gleichförmig erlebt wird.

Selbsterstellen als Pragmatismus: Reden ist Silber, Selbsterstellen ist Gold

Die Akteure der Studie handeln und gestalten pragmatisch und praxisnah. Das liegt schon daran, dass die Produktgestaltungen pragmatische Lösungen abverlangen. Aber auch im arbeitsinhaltlichen Sinne werden praxisnahe Lösungen vorangestellt. Im Vordergrund steht, im Sinne des Pragmatismus-Ansatzes (siehe Kapitel 4.1.4), das Testen, Aushandeln und die Überprüfbarkeit von Ergebnissen. Die Tendenz, die im Kapitel 4.2.1d beschrieben wurde, dass es in den 1970er Jahren an den Universitäten mit Schwerpunkt Gestaltung zur „Flucht weg von der Praxis hin zur Theorie“ kam (Möller 1989: 35), hat sich, zumindest legen das die Ergebnisse der Studie nahe, ins Gegenteil verkehrt: Großtheorien und ideologisierte Überformungen werden zurückgewiesen. In den Vordergrund treten pragmatischen Lösung, die zwischen Markt, Zivilgesellschaft und Politik oszillieren.

Man kann darum wieder auf den Pragmatismus-Ansatz zurückkommen (vgl. Kapitel 4.1.4), der, vereinfacht gesagt, davon ausgeht, dass sich das Handeln an den „praktischen Folgen, Wirkungen und Konsequenzen menschlichen Denkens und Handelns“ orientiert (Schubert 2003: 15): Reflektiert wird auf die „Lösung spezifischer Handlungsprobleme“ (Bogusz et al. 2013: 306) – das Wissen wird zum Zweck für den praktischen Vollzug (vgl. Dewey 1927; Noetzel 2002: 158ff.). An diesen Parametern ist das Handeln der Akteure weitestgehend orientiert, wobei sich die Ziele der *politischen* Akteure nicht erst im Handeln, also in der jeweiligen Situation, konkretisieren – ganz im Gegensatz zu den *ethischen Hersteller*innen*, die ökologisch fair-soziale Produktionskriterien meist erst im Produktionsverlauf festlegen und standardisieren. Die *politischen Selbstersteller*innen* legen Kriterien von Beginn an nach klaren Zielsetzungen und Regeln fest. Das Handeln ist damit weder Ausdruck einer rein „*situierte[n] Kreativität*“ (Joas 1996: 197, H. i. O.), wonach

sich Resultate erst im jeweiligen „Situationsbezug“ (ebd.: 237) herausstellen, noch ist es Abbild des Handelns nach Hannah Arendt, das sich als Anspruchshaltung an Freiheit und Pluralität wechselseitig hervorbringt. Zwar verstehen sich wenige der Befragten als *aktivistisch* oder bezeichnen sich sogar als *Demokratieaktivisten*. In der Mehrheit wird gesellschaftliche Freiheit aber vorausgesetzt, worauf aufbauend Gesellschaftskritiken formuliert werden. Genauso wenig wird an Pluralität appelliert. Beides gilt als Voraussetzung, um darauf basierend als politischer Akteur in Erscheinung zu treten.

In den Handlungen der Akteure zeigt sich das etwa darin, wenn die „Lösung spezifischer Handlungsprobleme“ (Bogusz et al. 2013: 306) durch den Kontakt mit Kunden, Interessenten und einem breiten Publikum in den Vordergrund tritt – ins Zentrum rückt die „Problemdefinition“ (Joas 1996: 193). Man kann hierzu wieder an Dewey anschließen (vgl. Kapitel 4.1.4), da Deweys Ansatz weit über den von Hannah Arendt und Jürgen Habermas hinausgeht: Arendt und Habermas sprechen Handeln und Kommunikation von Zweck-Mittel-Relationen frei. Dewey stellt Zweck-Mittel-Bezügen ein politisches Potenzial in Aussicht. Selbst der Staat muss sich nach Dewey als Lebensform verkörpern; er müsse „immer wieder neu entdeckt werden“ (Dewey 1996: 42). Dabei darf der Staat weder abstrakte politische Ideen überdeterminieren noch sie nicht selbst vorleben. Gleiches gilt für die Bürger*innen. Dewey geht es insgesamt um die Frage, „wie die Demokratie als regulative politische Idee und Norm individueller und kollektiver Ebene aus dem praktischen gesellschaftlichen Leben erwächst“ (Wegmarshaus 2001: 152).

Um ein solches Handeln geht es den *ethischen* und *politischen* Produktionstypen in dieser Studie auch. Im Sinne Deweys zielt das Handeln auf die Verzahnung von Erkennen und Handeln ab. So wie Dewey der Philosophie vorgeworfen hat, eine von der Praxis abgekoppelte Wissenschaft zu betreiben (vgl. Rothe 2017: 116), die Erkennen und Handeln nicht ausreichend verzahnt, werfen die Akteure in dieser Studie der Politik vor, nicht praxisnah zu sein. Der Zweck, der für Arendt als Einfallstor für das Unpolitische gilt, wird somit gesellschaftspolitisch gewendet. Von theoretisch überfrachteten Diskursen wird dabei genauso abgerückt wie der praktische Vollzug in den Vordergrund tritt. Das Handeln steht somit für den seit Jahren prognostizierten *post ecologist turn* oder *new post-ecologism* (vgl. Blühdorn 2013: 126), wonach die pragmatische Lösungskompetenz zur dominierenden Form wird. Im Datenmaterial wird das an vielen Stellen deutlich, wenn etwa Maik Wehner vom Label *MeatFree* anführt, dass er am politischen Diskurs „ermüdend“ fände, „dass es bei der Diskussion bleibt“. Lisa Peltau ergänzt, dass sie „dieses Belehrende ganz schrecklich“ findet. Mit der Produktion eines eigenen Schuhs könne sie alles „auf 'ne sehr praktische Art und Weise“ angehen und Überzeugungsarbeit leisten – und dabei den eigenen „Überzeugungen irgendwie nachkommen“, ohne sich in theoretischen Diskussionen zu verlieren. An anderer Stelle argumentiert die Modemacherin Dunja Meran, dass Parteien „blabla“ seien.⁷ Sie könne „irgendwann einfach nicht mehr zuhören“. Darum mache sie alles selbst. Derzeit arbeitet sie an neuen kreislauffähigen Konzepten. Gleichzeitig wolle sie nicht belehren. Die Grenzen ihres Handelns sind ihr ebenso bewusst: „Es ist halt nur so 'ne Halblösung. [...] Aber tue Gutes und sprich darüber.“

7 Auch hier ließe sich eine Form der „Pauschalkritik“ (Niedermayer 2013: 56) an Parteien erkennen, die sich im Laufe des Interviews jedoch eher als differenzierte „Parteikritik“ (ebd.) darstellt (vgl. Fußnote 91 auf Seite 258).

In letzterem drückt sich nicht nur ein gesellschaftlicher Anspruch aus, der sich in Arbeitsprozessen verkörpert. Dem Handeln geht das „Prinzip der Doppelwirkung“ im Sinne der Ethik voraus, wonach (schlechte) Nebeneffekte zur „Bedingung oder Erreichung einer guten Wirkung“ (Fenner 2020: 44) in Kauf genommen werden. So stellen die Akteure immer wieder klar, dass es eine hundertprozentige Nachhaltigkeit nicht gibt. Vielmehr müsse es um Kompromisse gehen – gearbeitet wird an Lösungsansätzen, die an Zivilgesellschaft und Wirtschaft adressiert sind, die aber nur so weit gehen, wie es die Marktsituation zulässt. Man kann auch hierzu wieder an Dewey anknüpfen, der Ideale und Werte auf instrumentelle, technische und sogar ökonomische Lebensbereiche bezieht, damit sie nicht nur als instrumentell erscheinen (vgl. Rothe 2017: 126): Erkennen reduziert sich auf keine eigene Lösungskompetenz. Es wird an Veränderungen im Bereich der Wirtschaft appelliert. Der nächste Abschnitt wird diesen Sachverhalt vertiefen.

8.2.2 Politics of Self-Production: Die Transformation des Ökonomischen und die Zurückdrängung der Politik

Der dominierende Produktionstyp dieser Studie ist der *ethisch-unternehmerische*. Dieser Typ stellt ökologische und fair-soziale Ziele in Arbeitsprozessen voran. Er will Einfluss in der Gesellschaft über Arbeitsprozesse nehmen, beteiligt sich aber selten über die Arbeit hinaus politisch. Es läge nahe, damit an die These von der „Kulturalisierung“ und „Ästhetisierung des Ökonomischen“ (Reckwitz 2014: 165ff.) anzuschließen, weil sich ethische und ökonomische Zielsetzungen kreuzen und das Subjekt „restlos vom Markt durchdrungen und vereinnahmt“ scheint (Blühdorn 2013: 130). Zugleich demonstrieren die Ergebnisse, dass Wirtschaft und Ökonomie anders zu verstehen sind: Sie zeugen von keiner „Übertragung des Modells individueller Nutzenmaximierung“ auf das Politische (Thaa 2011: 14). Auch sind sie nicht gleichzusetzen mit einem Wirtschaftsverständnis in neoklassischer Sicht als Ausdruck einer „Eigenökonomisierung“ (Huber 2012: 58ff.; siehe auch Eikhof/Haunschild 2004: 93). Vielmehr soll Wirtschaft „unter veränderten Rahmenbedingungen“ neu gestaltet werden (Aßländer 2011: 57): Wirtschaftliches Handeln wird als Gesellschaftskritik verstanden. Das Handeln oszilliert zwischen postwachstumsbezogenem⁸ Unternehmertegeist und Ansätzen der Donut-Ökonomie.⁹ An einigen Stellen weist das Handeln sogar Aspekte einer Gemeinwohlorientierung auf (Felber 2010)¹⁰ – oder kann ansatzweise als vorsorgendes Wirtschaften verstanden werden, weil „am Erhalt natürlicher Reproduktionsprozesse und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ gearbeitet wird (Gerold 2019: 61). Insgesamt wird wirtschaftliches Handeln als gesellschaftliches Engagement verstanden, und beeinflusst werden sollen diejenigen, die als

8 Zum Begriff der Postwachstumsökonomie siehe Fußnote 3 auf Seite 271.

9 Zum Begriff der Donut-Ökonomie siehe Fußnote 2 auf Seite 271.

10 Felbers Konzeption zur Gemeinwohlökonomie basiert auf einer „Gemeinwohlmatrix“ und „Gemeinwohlbilanz“, nach denen Unternehmen ausgerichtet sein sollen (Felber 2010: 28ff.). Dazu gehören ein erhöhter Frauenanteil in Gremien, biologisch abbaubare Produkte, fairer Handel und faire Mitarbeiter*innenführung, Transparenz der Unternehmenskalkulation, die Weitergabe von Unternehmenswissen an andere Unternehmen, verbesserte Infrastrukturen im Betrieb, so etwa durch das Einrichten von Kindergärten o.ä.

Problemverursacher*innen gelten: Wirtschaftsakteure, Firmen, Konzerne. Eine Aussage der Modemacherin Dunja Meran* bringt das zum Ausdruck:

„Es geht ja gerade auch darum, solche Firmen [...] umdenken zu lassen, wie C&A und H&M, das sind eben Firmen, die auf Billigproduktion setzen, um Profit zu machen. Das wäre für mich schon erstrebenswert, da einzusteigen und sie dazu zu bringen, dass sie nachhaltiger produzieren, was sie ja auch jetzt schon teilweise machen.“

Im weiteren Verlauf des Interviews lobt Meran das Engagement großer Firmen, die bereits auf Nachhaltigkeit setzen:

„So hat Adidas zum Beispiel den Cradle-to-Cradle-Schuh *Trash from the Ocean* rausgebracht. Das ist [...] 'ne super Idee, dass solche Firmen so was machen und ein Produkt rausbringen, was einfach super aussieht und 'ne richtig große Bevölkerungsschicht anspricht. Das sind Adidas-Sneakers und die wurden aus Fischernetzen gemacht, die die aus dem Meer gesammelt haben.“

Dunja Meran stellt recycelte, kreislauffähige Kleidung her. Sie ist Mitglied bei Greenpeace, wenngleich sie dort nur gelegentlich aktiv ist. Überzeugt habe sie vor allem die Greenpeace-Detox-Kampagne unter dem Slogan „Entgiftet unsere Kleidung“, der bis 2020 bereits 79 globale Modemarken von H&M über Adidas bis zu Aldi beigetreten sind.¹¹ Das habe sie wiederum ermutigt, aktiv zu werden – worin zugleich ein ethisch-teleologisches Begründungsmuster zum Ausdruck kommt, weil Meran auf die Folgen von Handlungen rekurriert (vgl. Kapitel 6.1.7). Einerseits, so ihre Argumentation, müsse in Wirtschaftskreisläufe eingegriffen werden. Andererseits sollte man die Verursacher*innen in die Pflicht nehmen. Künftig wolle sie darum als Beraterin arbeiten, um Großfirmen zum Umdenken zu bewegen. Die „Kreislaufökonomie“ ist für sie das Entscheidende.

„Jetzt wirklich eine Lösung zu finden, für Mode [...], die nachhaltig ist [...]. Dass es halt wirklich in ein Kreislaufsystem reinpasst [...], also recycelfähige Kleidung zu machen, also äh...nicht einfach nur Upcycling, also Kleider wiederzuverwerten und neu zu transformieren, sondern dass diese Kleider chemisch recycelt werden können und zu neuen Textilien werden können.“

Parteien schreibt sie in diesem Kontext allerdings kein Veränderungspotenzial zu. Auch adressiert sie ihre Forderungen nicht an die Politik. Sie appelliert an die Wirtschaft, an andere Hersteller*innen und Konsument*innen. Auch andere Befragte der Studie treffen vergleichbare Aussagen. So führt der Modemacher Stefan Welsch* an, dass er den gesellschaftlichen Veränderungsprozess in der Ökonomie sehe. Im nächsten Schritt grenzt er sich von der Politik ab: „Ich sehe das [...] im Moment in keiner einzigen Partei, also ich finde das ganz schwierig. Ich beschäftige mich aber derzeit auch nicht wirklich mit den ganzen Parteiprogrammen.“

11 Im Rahmen der Detox-Kampagne haben sich die Unternehmen verpflichtet, eigene Produkte bis 2020 von gefährlichen Substanzen weitestgehend zu befreien. Weitere Informationen siehe unter www.greenpeace.de/kampagnen/detox.

Im weiteren Gesprächsverlauf wird deutlich, dass Welsch die Politik nicht kategorisch ablehnt. Das parteipolitische Kleingedruckte spricht ihn aber auch nicht an. Er könne sich dennoch vorstellen, irgendwann einmal in die Lokalpolitik zu gehen. „Da ist auf jeden Fall ein großes Bedürfnis, glaube ich“. Derzeit fehle ihm allerdings die Zeit. Auch andere Befragte betonen, dass sie den gesellschaftlichen Transformationsprozess in erster Linie im Bereich der Ökonomie sehen. So legt Boris Olwasko* nahe:

„Ich bezeichne mich selbst als Ethical Economist* und versuche Wege zu finden, wie man es schaffen kann, dass die Welt insgesamt irgendwie besser wird. Also was kann jeder Einzelne tun, damit wir mehr Zeit verbringen mit den Dingen, die für unser Leben besser sind. Und ich bin fest davon überzeugt, dass die Art und Weise wie wir Arbeit definieren, wie wir Fortschritt definieren, wie wir Innovation definieren, Wachstum, auch Wirtschaft, Ökonomie, dass wir voll auf dem falschen Dampfer sind [...]“

Im weiteren Verlauf des Interviews macht er deutlich, wie wenig Veränderungspotenzial er den Parteien zuschreibt. Auf die Frage, warum er sich nicht in Parteien engagiert, entgegnet er, wie bereits unter Punkt 6.2.3 dargelegt, dass Parteien „Unsinn“ seien. Das wahre „Kapital“ sei für ihn die „Crowd“, die Masse, worüber sich gesellschaftliche Veränderungen vollziehen ließen. Parteien bringt er dagegen mit Lobbyismus und Eigeninteresse in Verbindung. Das Potenzial zur Veränderung liegt seines Erachtens in einer neuen „Wirtschaft“. Open Source und Transparenz seien zentrale Kriterien, für die es zu kämpfen gelte.

Schon hier ließe sich anmerken, dass das, was Hannah Arendt als politisches Handeln versteht, das „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen“ (Arendt 2015: 49), und das frei von ökonomischen Vereinnahmungen sein soll, sich bei Olwasko und anderen Befragten transformiert: „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen“ bedeutet, die Initiative im arbeitsinhaltlichen Sinne zu ergreifen, und das oft auch in unternehmerischer Hinsicht. Dabei sind ideelle Ziele (ethisch-ökologisch/fair-sozial) dem Unternehmerischen vorgelagert: Ziel ist das Erarbeiten gesellschaftlicher Lösungen, wobei die Probleme vorrangig als Umweltproblematiken wahrgenommen werden, die man der globalen Dominanz der Wirtschaft zuschreibt. Olwaskos Verständnis von Wirtschaft setzt damit an der Bedeutung des Begriffs der „Wirtschaft“ vor dem 18. Jahrhundert an, also bevor das Wirtschaftliche kulturell aufgewertet wird und unter Vorzeichen des monetären Handelns gerät. Wirtschaftlichkeit ist vor dem 18. Jahrhundert gleichbedeutend mit haushälterisch und sparsam sein. Man stellt die nötigen Dinge für den alltäglichen Gebrauch noch „selbst her“ (Negt 2002: 315f.; siehe auch Komlosy 2019: 29). Erst ab dem 18. Jahrhundert wird der Begriff Wirtschaft als Vorstellung des „Ganzen Hauses“ in planvolles und rationales Kalkulieren überführt – analog dazu wird das Wort „Wirt“ als kluges Planen und rationales Wirtschaften verstanden (ebd.). In den Aussagen vieler Befragten zeichnet sich hierzu ein Wandel ab: Man stellt wieder selbst her, versteht das Handeln aber als keine selbstversorgende Subsistenz, vielmehr als Form der neuen Arbeitsverantwortung, die sich in unternehmerischen Strategien und Kreislaufsystemen verkörpert. In Ansätzen geht es dabei um die vielfach prognostizierte „Wende zum Weniger“ (Paech 2013: 211), wobei Kreativität keine Form des Spezifischen, Grenzübertretenden im Sinne Reckwitz' ist (vgl. Reckwitz 2018: 371ff., 2019), sondern von einer planbaren Handlung zeugt, die Individualisierungsprozesse mit gesellschaftlicher Verantwortung ver-

eint: Die Handlungen werden „vor dem Hintergrund sozialer Strukturen und individueller Abwägungsprozesse vollzogen“ (Vogt 2010: 29). Sie sind, im Sinne der teleologischen Ethik, an den Folgen und Konsequenzen von Handlungen orientiert.

8.2.3 Verantwortung als arbeitsinhaltliches Prinzip

Die Kategorie *gesellschaftliche Verantwortung* ist eine der dominierenden in dieser Studie (vgl. Kapitel 6.3). Und sie ist die Kategorie, die ethische Grundsatzfragen mit politischen Zielen vereint (siehe Kapitel 7.1.4). Was meint Verantwortung?¹² Verantwortung bedeutet, dass die Akteure Verantwortung in sozial-ökologischer Hinsicht übernehmen wollen. Zwar wird das Wort *Verantwortung* selten im Wortlaut gebraucht. Es lässt sich aber in Anlehnung an Otfried Höffe in vier Dimensionen bestimmen: Erstens will man sich verantworten; es geht um das Verantwortungssubjekt. Zweitens fühlt man sich gegenüber etwas verantwortlich, Verantwortung zielt hier auf das Verantwortungsobjekt ab. Drittens ist das Handeln auf einen Sachverhalt bezogen (neue Ökologiefragen, Lebensgrundsätze etc.), und viertens stehen entsprechende Verantwortungsinstanzen im Blickpunkt (Organisationen, Institutionen) – hier ist die Frage, wovor und gegenüber was sich Subjekte verantworten wollen (vgl. Höffe 1993b: 23; siehe auch Carnau 2011: 82; Gebauer/Schirmer 2013: 110).

In dieser Studie verstehen sich die Akteure als Verantwortungssubjekte, sie wollen gesellschaftliche Verantwortung über ein Produkt (Verantwortungsobjekt) übernehmen. Zugleich wird gesellschaftliche Verantwortung als Anspruchshaltung der Gesellschaft an die Arbeitssubjekte herangetragen, da ethisch-ökologische Produkte von einer kritischen Konsumentenschaft verlangt werden. Subjektivierung steht damit sowohl für ein *Sich-subjektivieren-wollen* als auch das *Subjektiviert-werden*, zwischen der eingangs beschriebenen „Selbstbestimmung“ und „Bestimmung durch Gesellschaft“ (Kleemann et al. 2003: 59) besteht demnach kein allzu großer Widerspruch. Vielmehr vollzieht sich im Handeln das, was Hans Jonas den ökologischen Imperativ als Verantwortungshandeln nennt¹³ (Jonas 2020 [1979]; Aßländer 2011: 62; Carnau 2011: 88).¹⁴ Die Allgemeingültigkeit

-
- 12 Der Verantwortungsbegriff findet sich bereits in der Antike und im Mittelalter (vgl. Meyer/Hause 2017: 88ff.). „Philosophische Bedeutung“ erhält er allerdings erst im 19. Jahrhundert (Fonnesu 2017: 112). Im Mittelalter meint das Verb „verantworten“ so viel wie, dass man *Antworten auf eine Frage findet* (vgl. Mutu 2012: 59ff.). Der Verantwortungsbegriff findet sich aber auch im rechtlichen Sinne als Asymmetrie der Verantwortung (bezogen auf Kläger und Angeklagte). Die jüngere Verantwortungsorientierung stärkt dagegen die praktische Dimension. Seitdem steht der Verantwortungsbegriff vermehrt für ein gewisses Engagement, das es zu erbringen gilt (vgl. ebd.: 63ff.).
 - 13 Jonas hat das „Prinzip Verantwortung“ in Anlehnung an den Weberschen Begriff der „Verantwortungsethik“ und als Erweiterung zum Kantischen Kategorischen Imperativ entworfen. Den Begriff der „Verantwortungsethik“ hat Max Weber allerdings schon 1919 eingeführt (vgl. Tokarski 2008: 98). Damit hat er den Begriff der Gesinnung durch den der Verantwortung ersetzt – und den Blick auf zukünftige Geschehnisse gelenkt. Webers Ziel war es, das „Spannungsfeld zu charakterisieren, in welchem politische Entscheidungsfindungen stattfinden“ (ebd.).
 - 14 Jonas' „*Ethik der Zukunftsverantwortung*“ (Carnau 2011: 89, H. i. O.) weist eine deutliche Nähe zur Umweltethik und heutigen Nachhaltigkeitsforschung auf. Als Konzept gegen Ressourcenverbrauch schlägt Jonas darum eine Korrektur des Konsumverhaltens vor, um kommende Generationen nicht zu belasten (vgl. ebd.).

des Handelns tritt in ökologischer Hinsicht hervor. Der Selbstanspruch wird zum Gesellschaftsanspruch.

In den Arbeitsformen der *ethischen* und *politischen* Akteure wird damit der von Hans Jonas behauptete ökologische Imperativ neu interpretierbar. Jonas hat seinerzeit Kants kategorischen Imperativ ökologisch erweitert und umgedeutet: Einerseits rekurriert er auf die Folgen von Handlungen in ökologischer Hinsicht.¹⁵ Andererseits hat er an die Selbstverpflichtung der Subjekte und die Politik appelliert – und die Konsequenzen von Handlungen im Sinne der Zukunftsfrage ins Zentrum gestellt. Im Gegensatz zu Kant, der sich auf situatives Handeln bezieht und den langfristigen Folgen einen geringeren Stellenwert zukommen lässt¹⁶, fügt Jonas dem deontologischen Ansatz Kants eine teleologisch ethische Perspektive hinzu; er führt die Selbstverpflichtung (die Deontologie nach Kant) mit der Frage nach den Folgen und Handlungskonsequenzen (die teleologische Perspektive) zusammen. Genau darum lässt sich der ökologische Imperativ auch politisch verstehen. Und in diesem Kontext können die Ergebnisse der Studie gelesen werden.

In dieser Studie zeigt sich das darin, dass sich in den Arbeitsprozessen zum einen eine Form der Verantwortung verkörpert, die sich erst im Zuge der Unternehmensbildung herausformt (das gilt allerdings nur für die *ethisch-unternehmerischen* Typen). Zum anderen werden ökologische oder fair-soziale Produktionsstandards in Arbeitskontexten neu ausgehandelt und standardisiert: Verantwortungshandeln zeugt, um auf den Begriff der Kreativität zurückzukommen, von rationalen Handlungen im Sinne einer „kreativen“ planbaren Handlung, da Entscheidungen „vor dem Hintergrund sozialer Strukturen und individueller Abwägungsprozesse vollzogen“ werden (Vogt 2010: 29) – damit bilden sich ethische Grundsätze über das Abwägen von Risiken heraus. Zugleich werden Verantwortungszuschreibungen als korporative und kooperative Verantwortung im Sinne einer kollektivistischen und individualistischen Verantwortungszuschreibung vollzogen (vgl. Bratu 2017: 479ff., siehe auch Maring 2000; Aßländer 2011: 62ff.): Im ersten Fall, der kollektivistischen Zuschreibung, wird die Verantwortung den Verursachern als Kollektiv zugeschrieben, etwa den Firmen, die Klima und Umwelt belasten. Im zweiten Fall, der individualistischen Verantwortungszuschreibung, gilt die Verantwortungszuschreibung den jeweiligen Einzelpersonen. In dieser Studie wird dazu einerseits an Wirtschaftsakteure appelliert, nicht aber an die Politik. Andererseits kommt es zu einer Art Verlagerung von Verantwortungszuschreibungen von der gesellschaftlichen auf die individuelle Ebene: Man fühlt sich selbst verantwortlich. Darum stellen die Subjekte Produkte selbst her, weil sie als Arbeitssubjekte Verantwortung übernehmen wollen.

15 In Bezug auf die teleologische ethische Perspektive, die auf die Folgen von Handlungen verweist, argumentiert Jonas, dass der kantische kategorische Imperativ nicht ausreicht, um künftige Generationen – so etwa vor Umweltschäden – zu bewahren (vgl. Jonas 2020 [1979]: 61ff.). Jonas führt damit den Weberschen Grundsatz eines „prospektiven Verantwortungsbegriff“ als handlungsleitendes Prinzip fort (vgl. Tokarski 2008: 99). „Verantwortung“ ist gleichbedeutend mit Verantwortungshandeln im Sinne einer Überprüfung, vor allem im ökologischen Sinne (mit Blick auf die künftigen Generationen).

16 Auf den Aspekt, dass auch Kant die Folgen von Handlungen berücksichtigt, wurde bereits in der Fußnote 65 auf den Seiten 226/227 eingegangen. Nicht zuletzt hat Kant in „Kritik der Urteilskraft“ (1794 [1790]) die Teleologie in die Naturwissenschaften eingeführt.

Damit wird Verantwortung auf der einen Seite attribuiert; man verlangt, dass auch andere Wirtschaftsakteure gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, man will als Beispiel vorangehen. Auf der anderen Seite gerät die eigene soziale Lage oft aus dem Blick. Die Frage, ob die Arbeit ausreichend bezahlt wird, ob man langfristig davon leben kann, stellt sich ein Großteil der Befragten zwar, es werden aber keine Konsequenzen gezogen. In Anlehnung an die Arbeiten von Thorsten Faas könnte man von einer Zurückdrängung der „Politisierung eigener Umstände“ sprechen (Faas 2016: 153). Politisierung meint, dass sich die Bürger*innen im Sinne des *morselizing* die Schuld selbst zuschreiben (können), wenn externe Verantwortungszuschreibung misslingt. Thorsten Faas hat diesen Prozess im Kontext der Wahrnehmung der Wirtschaftslage und entsprechenden Verantwortungszuschreibungen in Bezug auf die Politik untersucht. Sein Ergebnis lautet, dass Bürger*innen die Politik gerade in schlechten Zeiten verantwortlich machen. Und eine „Politisierung eigener Umstände“ im Sinne des *morselizing*¹⁷ misslinge dann, je mehr sich Zuordnungen als Adressierbarkeiten verflüchtigen. Bezieht man diese Lesart auf die Ergebnisse dieser Studie, heißt das nichts anderes, als dass die Akteure gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitsprozesse übernehmen (wollen), dass daraus aber keine Problematisierung der eigenen sozialen Lage erfolgt: Weder werden entsprechende Forderungen aus dem Handeln abgeleitet, noch wird an die Politik appelliert (nur die *politischen* Produktionstypen stellen Forderungen an Politik und Parteien). Verantwortungszuschreibung misslingt damit im doppelten Sinne: Zum einen wird ein gesellschaftspolitischer Anspruch mit keinen adressierbaren Forderungen an die Politik verbunden. Zum anderen gerät die eigene soziale Lage aus dem Blick.¹⁸

17 Die grundlegende Idee, dass es in unterschiedlichen politischen Systemen verschiedene Schweregrade gibt, um Verantwortung klar zu attribuieren und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, geht, wie Thorsten Faas (2016: 155) darlegt, auf die Arbeiten von Powell und Whitten (1993) zurück, die das Konzept der *clarify of responsibility* in die politische Diskussion eingeführt haben. Nach Faas hat sowohl das politische Interesse (vgl. Gomez/Wilson 2006) als auch die sogenannte *contextualisation* (siehe dazu Mutz 1992) besonderen Einfluss darauf, wozu mitunter die mediale Berichterstattung gehört. Auch spielten bei gesamtgesellschaftlichen Zuschreibungen Parteizugehörigkeiten oder bestimmte ideologische Prädispositionen eine Rolle. So sei zum Beispiel zu erwarten, dass Regierungsanhänger, die ihre Lage als schlecht wahrnehmen, der Regierung weniger die Schuld dafür geben als Oppositionsanhänger und umgekehrt (vgl. Faas 2016: 155). Insgesamt, zu diesem Schluss kommt Faas, kann erwartet werden, dass „der Regierung von ihren Bürgerinnen und Bürgern zunächst ein höheres Maß an Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Lage als für ihre eigene Lage zugeschrieben wird, auch wenn dies möglicherweise in zunehmend vernetzten Zeiten in geringerem Maße der Fall ist als früher“ (ebd.: 156).

18 Dazu lässt sich abschließend die im Kapitel 4.1.9 aufgeworfene Frage beantworten, ob sich die untersuchten Akteure gegen die „ökonomische Vereinnahmung als stadtpolitischer Marketingfaktor“ (Manske 2016a: 264) wehren oder ob sich neue Solidarisierungseffekte in Form eines Zusammenhalts zeigen (vgl. Manske 2023). Weder das eine noch das andere ist der Fall: Zum einen spielt das Thema ökonomische Vereinnahmung keine zentrale Rolle. Zum anderen zeigen sich Formen der Solidarität, die in der Regel aber auf keine organisatorischen Zusammenschlüsse (Gewerkschaften etc.) im Sinne einer Arbeitspolitik abzielen. Vielmehr tritt eine Form der *gesellschaftlichen Verantwortung* im Arbeitskontext hervor, die mit einer Art „Strukturvergessenheit“ in Bezug auf die eigene soziale Lage korreliert (Manske 2016a: 372; siehe dazu die Kapitel 4.1.3 und 4.2.2c): Gesellschaftspolitische, arbeitsinhaltliche Perspektiven werden vorangestellt, die (teils) die sozialen Risiken überformen.

Das bedeutet, dass Verantwortungshandeln erstens der ökologischen Ethik als Ausdruck einer *aktiven* Subjektivierung zuzuschreiben ist. Denn die Arbeitsprozesse sind hochgradig intentional bestimmt und deuten auf einen hohen Grad der Identifikation mit der Arbeit hin, woraus Verantwortungshandeln resultiert. In dieser Studie wurde das über die Subkategorie *Produktpersonalisierung* deutlich, wonach Akteure das vertreten und verantworten wollen, was sie selbst geschaffen haben – und sich damit auch für die Folgen und Konsequenzen ihres Handelns verantwortlich fühlen (siehe weiterführend Birnbacher 1995: 145; Carnau 2011: 84). Zweitens werden externalisierte Verantwortungszuschreibungen, die sich auf Ökologie, Umwelt- und Gesellschaftsfragen beziehen, weder auf die eigene soziale Lage rückübertragen noch werden daraus Verbindlichkeiten als Forderungen abgeleitet, die an andere adressiert werden; das Handeln zielt auf keine „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ ab (Buchstein 2012: 18). Verantwortung übernehmen bedeutet, Standards als *conditio humana* im Sinne der Vernunft zu entwickeln (vgl. Suchanek 2007: 16f.). Was im Anschluss daraus folgt, obliegt den Adressaten. Das schließt wieder an den Diskurs um kontingentes Handeln an (siehe dazu Kapitel 4.1.2), wonach die „Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit“ des Handelns nie vorausgesetzt werden kann (Thaa 2011: 81) – und das führt wieder auf Hannah Arendt zurück. Allerdings ist das Selbstherstellen kein Handeln im Sinne Arendts, das frei von Zweckrelationen ist, es ist zweckbezogenes gesellschaftspraktisches Tun, um sozial-ökologische Risiken zu minimieren. Strategisches und kommunikatives Handeln, bei Habermas getrennt, fließen zusammen. Arbeit wird zu gesellschaftspolitischer Interaktion. Der nächste Abschnitt wird darum eine Neupositionierung des Zusammenhangs von Arbeit und Interaktion in Anlehnung an Habermas vornehmen. Im Anschluss daran wird eine zentrale These formuliert, die als Grundlage für die abschließende theoretische Diskussion dient.

8.2.4 Arbeitshandeln, Designhandeln, Aushandeln: Selbsterstellen als gesellschaftspolitische Interaktion

Hannah Arendts Triade aus Arbeit, Herstellen und Handeln bildete den Ausgangspunkt für diese Studie, und damit war die Frage verbunden, ob Herstellungsprozesse Formen des politischen Handelns sind. Auf Hannah Arendt wird abschließend in einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung zurückzukommen sein (siehe Kapitel 8.5.4). An dieser Stelle soll an die Trennung von Arbeit und Interaktion und die Theorie des kommunikativen Handelns bei Jürgen Habermas angeknüpft werden (Habermas 1987 [1981], 1981), weil das Selbstherstellen an vielen Stellen Ausdruck gesellschaftspolitischer Interaktion ist. Auch hat Habermas Kommunikationsformen¹⁹ entwickelt, die sich anhand klarer Krite-

19 Diese Kommunikationsebenen zielen auf Habermas' Unterscheidung in drei Akteur-Welt-Beziehungen nach *teleologischem*, *normenreguliertem* und *dramaturgischem* Handeln ab: Während beim *teleologischen* Handeln der Akteur auf einen Zweck abzielt, um „das Eintreten eines erwünschten Zustandes“ über „erfolgsversprechend[e] Mittel“ herbeizuführen (Habermas 1987: 126), ist das Handeln beim *normenregulierten* Handeln auf die „Mitglieder einer sozialen Gruppe“ bezogen, „die ihr Handeln an gemeinsamen Werten orientieren“ (ebd.: 127). Beim *dramaturgischem* Handeln ist das Handeln wiederum auf Interaktionsteilnehmer*innen ausgerichtet, „die füreinander ein Publikum bilden“ (ebd.: 128).

rien operationalisieren lassen – ganz im Gegensatz zu Hannah Arendt. Gleichwohl ist Arbeit bei Habermas zweckrationales Handeln und nichts Politisches. Nur kommunikatives Handeln ist Abbild der Lebenswelt, aus der heraus politisches Handeln resultieren kann (vgl. Habermas 2017 [1969]: 22, 62).²⁰

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass das Zweckrationale der Arbeit zu gesellschaftspolitischer Interaktion wird: Designhandeln ist Arbeitshandeln als Aushandeln – und damit kein Ausdruck eines agonalen Widerstandspotenzials, das sich in Produktionsverhältnissen verkörpert, was viele Designtheorien heutigen Akteuren unterstellen (siehe dazu die Kapitel 4.3.2.f. und 7.2.6). Selbsterstellen ist eine Form von Deliberation.²¹ Um darzulegen, was damit gemeint ist, und um zu beschreiben, wie sich entsprechende Prozesse auf der Mikroebene darstellen lassen, wird zunächst auf die Theorie des kommunikativen Handelns bei Habermas Bezug genommen, wobei sich auf jene Eckpunkte beschränkt wird, die für die Ergebnisse der Studie von Relevanz sind. In der Theorie des kommunikativen Handelns unternimmt Habermas den Versuch, den langjährigen Konflikt der Soziologie aus System- und Handlungstheorie zu überwinden (vgl. Habermas 1981: 173). Im Gegensatz zur Systemtheorie, die in der Tradition von Parsons und Luhmann eine intersubjektive Perspektive des Handelns ausblendet, erachtet die kommunikative Handlungstheorie Gesellschaft als Resultat lebensweltlich intersubjektiver Beziehungen. Habermas schließt zwar an die systemische Perspektive an, versteht Gesellschaft aber als duale Struktur aus System und Lebenswelt – und unterscheidet beide Ebenen (vgl. ebd.: 180): Das System bezieht sich auf die systemische Integration der Subjekte aufgrund nicht steuerbarer Handlungsfolgen, es wird nicht intersubjektiv erzeugt. Die Lebenswelt dagegen wird intersubjektiv hervorgebracht (vgl. ebd.: 179ff.) – im ersten Fall, der Systemebene, wird eine Beobachterperspektive eingenommen, um das System als soziale Ordnung zu verstehen. Im zweiten Fall, der Ebene der Lebenswelt, wird von der Teilnehmerperspektive der handelnden Subjekte ausgegangen. Die Lebenswelt ist ein „Komplementärbegriff zum kommunikativen Handeln“ (ebd.: 182). Sie umfasst sowohl die Privatsphäre als auch die kulturpolitische Öffentlichkeit (vgl. dazu Hemming 2007: 58) – die Lebenswelt ist die „gesamte kommunikative Alltagspraxis“ (Meyer 1994: 214).

Allerdings kommt Arbeit im Begriff der Lebenswelt bei Habermas nicht vor. Das hat schon damit zu tun, dass er in der Gefolgschaft der Frankfurter Schule das Rationale und Verwertbare aus kommunikativen Entscheidungsstrukturen herausstreichen will: In einer Gesellschaft, so sein streng lautendes Verdikt, in der das Zweckrationale die intersubjektiven Beziehungsmuster steuert und bestimmt, werden Lebenswelt und politische Entscheidungsstrukturen kolonialisiert (siehe zur Diskussion De La Rosa 2016:

20 Siehe zur Unterscheidung von Arbeit und Interaktion die Fußnote 11 auf den Seiten 20/21.

21 Wenngleich der Begriff der „deliberativen Demokratie“ noch recht jung ist, sind Strukturen von Öffentlichkeit und öffentlicher Beratung bereits in der griechischen *Polis* zu erkennen (vgl. Thaa 2011: 100). Theorien zur Deliberation setzen sich allerdings erst seit den 1990er Jahren durch: Einerseits stehen sie für die Erweiterung demokratietheoretischer Teilhabe. Andererseits werden sie dafür verantwortlich gemacht, die „Transformation des Demokratiebegriffes“ voranzutreiben (ebd.: 102). Denn im Gegensatz zu Demokratietheorien bilden sie keinen „Mehrheitswille unter gleichermaßen entscheidungsberechtigten Bürgern“ ab. Zentral ist „die Einbeziehung aller von einer Entscheidung Betroffenen“ (ebd.: 100).

249ff.). Die ganze Kritikleiste, die Habermas dazu über die Jahre entgegengebracht wurde, kann hier nicht vollständig wiedergegeben werden (siehe zum Überblick Joas 1996: 314ff.). Auch hat Habermas seine Sicht auf Arbeit über die Jahre, zumindest zum Teil, revidiert.²² Arbeit bleibt dennoch von der Lebenswelt (Kommunikation, Interaktion) getrennt: Arbeit ist instrumentales, strategisches, erfolgsbasiertes und zweckrationales Handeln, das „entweder instrumentales Handeln oder rationale Wahl oder eine Kombination von beiden“ ist (Habermas 2017 [1969]: 62). Kommunikatives Handeln ist dagegen eine „symbolisch vermittelte Interaktion“, die sich über obligatorisch geltende Normen vollzieht und „reziproke Verhaltenserwartungen“ definiert, und die von „mindestens zwei handelnden Subjekten verstanden und anerkannt werden“ muss (ebd.). Habermas wendet sich damit einerseits vom produktivistischen Paradigma in der Marxschen Vorstellung ab (siehe zur Diskussion Lieb 2005: 174), wonach die Befreiung der Subjekte immer die von Arbeit ist.²³ Andererseits geht er zu Hegel auf Distanz, der Arbeit und Interaktion als Akt „der Emanzipation von der Gewalt äußerer wie innerer Natur“ verstanden hat (Habermas 2017: 35) – beide Bereiche aber nicht trennt. Nach Habermas ist diese Trennung jedoch notwendig. Darum grenzt er Arbeitsprozesse von kommunikativen Aushandlungsprozessen ab. Deshalb bindet er das Politische an die mögliche Einigung.

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass diese Abgrenzung porös, wenn nicht gar obsolet wird: Das Selbstherstellen wird zum Aushandeln von Streitfragen. Arbeitshandeln als Form des Selbstherstellens ist auch das Herstellen neuer Öffentlichkeiten – und damit eine Form der Deliberation (vgl. Landwehr 2020).²⁴ *Beeinflussen und gesellschaftlichen Einfluss haben wollen*, zwei der dominierenden Handlungskategorien in dieser Studie, bringen Diskurse hervor, über die ökologische und/oder soziale Grundsatzfragen neu verhandelt werden. Nun ließe sich sagen, und so würden Habermas und weite Teile der Politikwissenschaft argumentieren, dass genau darin das Unpolitische begründet liegt, wenn gesellschaftliche Arbeitsdominanz soziale Handlungen strukturiert. Was Habermas aber unterscheidet, das *teleologische* zielgerichtete als strategisches Handeln vom *normenregulierten* konsensbasierten kommunikativem Handeln (vgl. Habermas 1987: 126ff.), fällt im Arbeitshandeln der Akteure dieser Studie zusammen. Nach Habermas kann sich der Akteur beim strategischen Handeln auf „keinen Sinn der sozialen Welt mit

22 Habermas hat seine Sichtweise, dass die materielle Produktion ausschließlich der Systemtheorie zuzuordnen wäre, später leicht korrigiert (vgl. Joas 1996: 319). Arbeit und Interaktion bleiben dennoch getrennt (siehe Fußnote 11 auf den Seiten 20/21).

23 Nach Habermas ist die Marxsche Gesellschaftsvision zwar eine der klassenlosen Gesellschaft. Freiheit bleibe aber an den Arbeitsbegriff gebunden. Habermas schließt damit an Hannah Arendt an, die Marx vorwirft, er habe „die Freiheit an die Notwendigkeit ausgeliefert“ (Arendt 2019: 81, siehe dazu Fußnote 30 auf Seite 57). Dem kann entgegengehalten werden, wie Winfried Thaa in Bezug auf die Auseinandersetzung von Arendt mit Marx anmerkt, dass Marx über den Charakter einer „zweiten Natur“ die „Zweckrationalität einer geplanten Ökonomie auflösen wollte“ (Thaa 2011: 41).

24 Deliberation soll abschließend verstanden werden als „Modus kommunikativer Interaktion, der durch den Austausch und die Gewichtung von Argumenten gekennzeichnet ist“ (Landwehr 2020: 414). Deliberation ist Handeln im Sinne der Öffentlichkeit, die „zwischen Bürgerinnen und Bürgern“ stattfindet, wobei „alle das gleiche Recht haben, Geltungsansprüche aufzustellen und Argumente vorzubringen sowie die Geltungsansprüche anderer Sprecher infrage zu stellen und Begründungen einzufordern“ (ebd., H. I. O.).

Bezug auf das Bestehende von Normen“ beziehen (ebd.: 132). Das gelingt nur beim *normenregulierten* Handeln. In den Handlungen der Befragten dieser Studie wird allerdings im *teleologischen* zielgerichteten strategischen Handeln eine Konsenszielsetzung sichtbar: Im strategischen Handeln verkörpern sich Ziele durch *Beeinflussung* und *Einfluss-haben-wollen*. Dabei geht dem „Aushandeln konsensfähiger Situationsdefinitionen“ (ebd.: 128) kein klar erkennbarer Dissens voraus. Vielmehr wird die Ökologiefrage zum neuen *modus operandi*, da sie als gesellschaftliche Notwendigkeit erscheint.²⁵ Die Habermasche Unterscheidung in wertorientiertes und interessengeleitetes Handeln („Wertekonsens“ versus „Interessenausgleich“, siehe Habermas 1997: 174) löst sich auf.

Das heißt: Das interessengeleitete Handeln basiert auf der Habermaschen Normregulierung, auf denen aufbauend neue Detailthemen verhandelt werden – es geht um Fragen zur Wiederverwertbarkeit von Materialien, um neue Lieferkettentransparenz im Sinne von *Open Source* (vgl. Majewski 2016) oder um die Selbstverpflichtung von Wirtschaftsakteuren. Daraus leiten die *politischen* Akteure wiederum zentrale Forderungen ab, und eine öffentlichkeitswirksame gesellschaftspolitische Funktion, die Hannah Arendt dem Herstellen abgesprochen hat, weil der öffentliche Bereich des Homo fabers der „Tauschmarkt“ sei, auf dem er bloß „das Werk seiner Hände zur Schau“ stellt, um „die ihm gebührende Achtung und Hochschätzung zu empfangen“ (Arendt 2013: 191), wird bei den *politischen* Akteuren dieser Studie zum Ort des Austauschs von Gesellschaftsinteressen: *Telos*, der Zweck, der bei Habermas auf erfolgsorientiertes Handeln reduziert und von kommunikativem Handeln getrennt wird (vgl. Habermas 1987: 131ff; siehe auch Joas 1996: 220), wird zum gesellschaftspolitischen Zweck: Ins Bewusstsein rücken die Konsequenzen von Handlungen, um sozial-ökologische Risiken zu minimieren.²⁶

Das bedeutet, dass Forderungen nach Transparenz, die Offenlegung von Produktionsbedingungen und neue Lieferkettentransparenz für die *ethischen* und *politischen* Akteure (Typ 2 und 3) handlungsleitend sind – Arbeit wird zum *normregulierten* arbeitsinhaltlichen Handeln, was bei Habermas ausgeschlossen scheint. Auf der anderen Seite geht dadurch der politische Widerstreit, zumindest im radikal theoretischen Sinne, verloren, weil die Ansprüche an nachhaltige Standards zugleich Gesellschaftsansprüche sind und die Konsensorientierung zur dominierenden Form wird – die *ideologische* Subjektivierung, die in der Arbeitssoziologie für eine Zunahme (diskursiv erzeugter) gesellschaftlicher Erfordernisse steht, wird, wenn auch in Maßen, politisch, allerdings frei von ideologischer Überformung: Ökonomisierung, Rationalisierung und Politisierung sind

25 Das Problem ist, dass Habermas das Strategische von der Konsensorientierung trennt und das Politische an letzteres bindet. Wie Kerstin Rothe (2017: 74) darlegt, spielt in politischen Diskursen darum häufig das strategische und nicht-kommunikative Handeln eine zentrale Rolle – weil es um Überzeugen und Beeinflussen und letztlich um einen Machtanspruch geht. Hier setzt auch Chantal Mouffes Kritik an Habermas an, da Habermas Carl Schmitts dissoziatives Politikverständnis der Freund-Feind-Kategorisierung in die mögliche Einigung überführt habe, er aber übersehe, dass demokratische Politik auf Macht, Konflikt und Antagonismus basiere (vgl. Mouffe 2016: 16, 21).

26 Damit lässt sich das Handeln zugleich in die Nähe des ökologischen Imperativs von Jonas rücken: Die ideologische Gesinnung, und damit eine politisierbare Gesinnungsethik, gerät in den Hintergrund. In den Vordergrund tritt die „praktische *Verpflichtung* gegenüber der Nachwelt [...] als Prinzip der Entscheidung“ (Jonas 2020: 59, H. i. O.).

keine Gegensätze, die dem Handeln entgegenstehen. Sie sind sich wechselseitig hervorbringende Konstitutionsbedingungen, aus denen Handeln wird.

8.3 Formulierung einer zentralen These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft

Ziel dieser Studie ist es, das Selbstherstellen auf politische Zielsetzungen und mögliche politische Handlungsformen hin zu untersuchen. Bis hierhin konnte gezeigt werden, dass die Tendenz der Verökonomisierung und eine politische Perspektive auf Arbeit (im Sinne arbeitsinhaltlicher Ziele) keinen Gegensatz bilden: Erst durch die Verökonomisierung ab dem 17./18. Jahrhundert wird Arbeit aufgewertet. Erst dadurch wird sie zu etwas Sinnhaftem – im Anschluss bilden sich normative gesellschaftspolitische Vorstellungen im Arbeitskontext heraus, die sich gegen die Verökonomisierung richten. Mitte des 19. Jahrhunderts entstehen dazu mit Aufkommen der Reformbewegung Arts and Crafts erste erkennbare konsumkritische Positionen im Kontext der Selbstproduktion, ab den 1960/70er Jahren treten zudem neue „Alternativbetriebe“ (Bierhoff/Wienold 2010: 230) sowie antikapitalistische „Produktions- und Dienstleistungskollektive“ hervor (Brand et al. 1983: 167ff.; vgl. Notz 2004; Bröckling 2007: 257ff.) – in etwa zeitgleich findet im Designkontext eine „starke Orientierung hin zu politischen Auswirkungen der Produktentwicklung“ statt (Möller 1989: 33). Seit den 2000er Jahren, vor allem aber seit dem letzten Jahrzehnt, formieren sich schließlich neue ökologische und sozialverantwortliche Unternehmensformen²⁷ – und in diesem Spannungsbogen lassen sich die Ergebnisse der Studie lesen.

Daraus lässt sich abschließend eine zentrale These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und politikwissenschaftlicher Forschung formulieren, die das Handeln der Akteure reflektiert – und die an die Design- und Nachhaltigkeitsforschung anschließt: Das Selbstherstellen kann als Form der *normativen* und *aktiven* Subjektivierung begriffen werden, da arbeitsinhaltliche Ziele (*normative* Subjektivierung) gesellschaftspolitische Aktivierungen (*aktive* Subjektivierung) hervorbringen, wobei Aktivierung im doppelten Sinne zu verstehen ist: Einerseits steht sie für politische Aktivierungen im Arbeitskontext. Andererseits bedeutet sie, wie dargelegt, gesellschaftliche Aktivierung als Erfordernis. Das, was von den Subjekten eingefordert wird, neue ökologische und fairsoziale Standards, wird von der Gesellschaft abverlangt. Die „Selbstbestimmung“ und „Bestimmung durch Gesellschaft“ (Kleemann et al. 2003: 59) im Sinne einer doppelten Subjektivierungsperspektive bedingen sich wechselseitig.

Folge ist jedoch nicht, wie dargelegt, dass die Akteure gegen soziale Risiken opponieren, die aus den Produktionskontexten resultieren (keine Arbeitsplatzgarantien, geringfügige Löhne etc.). Vielmehr folgt daraus, dass sich das gesellschaftspolitische Engagement weitestgehend auf Arbeit reduziert: Bis auf die *politischen* Akteure, die Initiativen gründen oder Petitionen einreichen, engagieren sich die anderen Befragten so gut

27 Diese Entwicklung, das wurde gezeigt, setzt bereits mit der Gründungswelle in den 1980er Jahren ein (siehe Kapitel 4.2.2c). Auch sind Marktverzahnungen im Designbereich schon immer zu beobachten, was nicht zuletzt an der industriebezogenen Verankerung der Branche liegt.